

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 51 (1971-1972)
Heft: 1

Buchbesprechung: Das Buch

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Buch

HELVETISCHES HINTERFRAGT

Zu drei neuen Schriften

Es scheint, als sei in der Schweiz schon lange nicht mehr so intensiv über die Schweiz diskutiert worden wie in dieser Zeit. Vor sieben Jahren hat Max Imboden die Grundstimmung in unserem Land als eine «seltene Mittellage zwischen ungebrochener Zuversicht und nagendem Zweifel» diagnostiziert und von einer «schleichenden Krise» geredet, deren Symptome gesehen und deren Gründe erkannt werden müssten¹. Inzwischen ist die Epoche des «helvetischen Malaise» zu Ende, falls man darunter nicht oder bloss mucksend artikuliertes Unbehagen versteht. (Damit ist nichts gegen die Aktualität von Imbodens Schrift gesagt, die ja über die Feststellung des Unbehagens weit hinausgeht und vom «bewussten Neubau» unseres Staates spricht.) Zweifelndes Schweigen oder schweigendes Zweifeln ist jedenfalls heute abgelöst von beredten Diskussionen. Allenthalben wagen sich die Geister hervor, stellen zaghaft und manchmal forsch das Bestehende in Frage oder formieren sich zu seiner beherzten Verteidigung. Sie streiten sich über die Reformmöglichkeiten und beziehen erste Positionen im Blick auf einen Kampf um die «Generalrevision» der Schweiz und ihrer Einrichtungen. Der Ansatz zur Totalrevision der Bundesverfassung, der bisher die vier stattlichen Bände voller Antworten auf den Fragenkatalog Wahlen eingebracht hat, ist dabei Gärstoff und Richtpunkt zu-

gleich für die Streitgespräche. In ihrem Umkreis oszillieren auch drei neue Schriften, deren Titel den Tenor der herrschenden Diskussionen umreissen: «Provozierte Schweiz», «Helvetische Alternativen», «Reform des Bundesstaates».

Samuel Arnold: Die Provokation der Schweizerhäuser

Mehrheitlich zwiespältige Gefühle erweckt die Lektüre der «*Provozierten Schweiz*» von Samuel Arnold². Noch bevor man sich an den Text macht, stellt sich Missvergnügen ein. Erstens will sich der Verfasser nicht zu erkennen geben. Er zieht es vor, sich mit dem Pseudonym ins Mythische zu stilisieren. Hält man sich an *Daniel Roths* Einleitung, so handelt es sich bei Samuel Arnold um einen 35jährigen Juristen, der Karriere macht «in einem grösseren Schweizer Unternehmen». Er soll mit einem Team jüngerer und älterer Leute, ausschliesslich Schweizern und Schweizerinnen, während eines Trimesters die Frage «Kann die Schweiz das Jahr 1984 erleben?» besprochen und als Ergebnis ein 300-seitiges Manuskript an den ehemaligen Chefredaktor des «Schweizer Spiegel», Daniel Roth, abgeliefert haben. Dieser hat daraus die vorliegenden «Streiflichter» destilliert. Auf einem Wascheztel zum Buch aus Roths eigenem

Verlag heisst es, in Samuel Arnold habe Roth, «dessen Gepräge das Buch unverkennbar trägt, einen verwandten Geist» gefunden. Man hält sich also, um nicht im Mythischen zu verbleiben, an Daniel Roth. Dort ist die Schrift gewiss nicht völlig falsch lokalisiert. Zweitens macht der Anblick der Frontseite dieser Schrift bange: ein kleines rotweisses Schweizerfähnchen ist von einem gigantischen, schwarzen, bösen Boxhandschuh bedroht und in die Ecke gedrängt. Ob solchermassen plakatierter Weltschau wirklich beunruhigt, steigt man in die Lektüre ein – und kann aufatmen: «Unser» wirtschaftlicher Grossbetrieb ist «sozial perfekt organisiert, in jeder Hinsicht perfekt». Ein beruhigender Anfang!

Dennoch gibt es Harz in dieser geölten Organisation. «Böses Blut» nämlich bei den Ausländern, die im Betrieb und innerhalb der ganzen Volkswirtschaft eine «mindere Stellung» zugewiesen erhalten haben und nun dagegen aufbegehren. Böses Blut auch bei den Schweizern, denn sie fühlen sich von den Ausländern zu «Zwangsferien» genötigt, wenn wegen derer kollektiver Abreise über die Jahreswende der Betrieb geschlossen werden muss. Kurz: es gibt die Fremdarbeiterfrage, die Fremdenfrage, die von Wirtschaftsführern und Behörden wie andere staatspolitische und menschliche Probleme lange zuwenig als Herausforderung und Aufgabe wahrgenommen wurde. Das hat den Verfasser veranlasst, «der Frage nachzugehen, inwieweit unser Staat und unsere Gesellschaft noch in Ordnung ist», und falls nötig mit «fremden und eigenen Gedanken» zu neuen Lösungen anzuregen. Das ist eine konservative Fragestellung. Wie denn überhaupt das

Anliegen des «Bewahrens» den Grundzug dieses Büchleins ausmacht: «Alles Schöne, das wir heute so sehr geniessen können . . . : tragen wir diesem Sorge, auch der Ordnung, durch die es geschützt ist!», schreibt Daniel Roth in der Einleitung.

Platzangst

Die gängigen Sorgen werden nun aus dieser Geisteshaltung in bunter Reihe aufgetischt. Der Verfasser zieht in einprägsamen Bildern gegen die Magie der Zahlen, gegen den selbstzweckerischen Umsatzkult vom Leder, brandmarkt die unternehmerische Gigantomanie, den «wirtschaftlichen Cäsarenwahn», unter dessen Fittichen das schweizerische Mittelland bis in die Alpen hinauf zur Industrielandschaft veröde und die ausgewogenen Machtrelationen zu den kantonalen Kleinstaaten aus den Fugen gingen. Man sollte, meint der Verfasser, keine neuen Industrielandschaften mehr entstehen lassen, weder hässliche noch schöne, «damit die Bandbreite der für uns erreichbaren seelischen Genüsse» nicht verringert wird. Dahinter steht letztlich die gegenwärtig allgemein tief-sitzende Platzangst der Schweizer: «Dass es einem Volk kaum desto besser gehen wird, je mehr Leute auf seinem Boden wohnen», ist für Samuel Arnold eine unbestreitbare Tatsache, ja gar eine «Grundwahrheit». Den Beweis für dieses philosophisch tönende Statement bleibt er allerdings schuldig. Betreibt Arnold hier nicht seinerseits Magie der Zahlen? Wäre nicht ein Raisonement über das Wie des Zusammenlebens wichtiger als über das Wieviel?

Arnold hat, darin wird er seinem mythischen Namen gerecht, ein unbegrenztes Vertrauen in den Instinkt des Volkes. Nicht nur hat das «breite Volk ... mehr Gefühl für volkswirtschaftliche Grundzusammenhänge» als viele führende Personen aus der Wirtschaft. Auch politisch ist es weiser als alle Politiker. Es wusste in seiner Mehrheit, dass wir uns vor dem 7. Juni 1970 «auf dem grundfalschen Weg befanden» und à tout prix eine Umkehr erfolgen müsse. Es habe in seiner Gesamtheit auch gemerkt, dass Schwarzenbachs zweite Initiative zwar nicht die richtige, weil «reaktionäre» Lösung sei, aber doch ein deutlicher Warnschuss abgegeben werden müsse. So findet Samuel Arnold, am 7. Juni «habe der Instinkt unseres Volkes trotz allem wieder einmal wunderbar geklappt» – ein neues Magierspiel mit Abstimmungszahlen. Die Exaltation der schweizerischen Vox populi, deren einer Teil sich in der Führergestalt Schwarzenbachs personifiziert hatte, überrascht unangenehm. Las man doch wenige Seiten zuvor, wir hegten gegenüber den deutschsprachigen Ausländern bei uns ein «nicht ganz unbegründetes historisches Misstrauen», womit doch offenbar Angehörige jenes Landes gemeint sind, von dem auch Samuel Arnold die grenzenlose Mystifikation des «gesunden Volksempfindens» in unliebsamer Erinnerung zu haben scheint.

Idyll für Igel

Fest steht für Arnold, dass der richtige politische Widerstandsgeist, ja die «eigentliche Führung» bei uns «immer von unten» kommt. Das gelte speziell

auch für aussenpolitische Fragen wie die europäische Integration. Samuel Arnold warnt vor «Verbeugungen vor einem wie einst die grossdeutschen Ideen den Frieden gefährdenden Europakult» und sieht im angestrebten europäischen Supranationalismus einen «unbewussten Supernationalismus im Gewand einer vagen Friedensideologie». Politische Grossmachtgebilde hätten, soviel zeige die Geschichte klar, noch immer zu einem Krieg geführt. Unser Volk spürt nun diese «Zusammenhänge instinktiv» richtig. Seine aussenpolitische Mitsprache sollte deshalb durch einen Ausbau des Staatsvertragsreferendums verstärkt werden. Arnolds Plädoyer zielt auf die Erhaltung selbständiger kleinerer Einheiten, im unternehmerischen Sektor nicht weniger als in der Politik der Staaten. Dieses berechtigte Anliegen führt ihn dann aber zu einer vehementen Apologie des «Sonderfalles Schweiz», dieses «borstigen kleinen Gegen-Europa», für das er zu guter letzt Maximen aufstellt wie «Zu Extrawürsten verdammt» und «Konzentrieren wir uns auf unsere Besonderheiten!». Aussenpolitisch sollten wir, meint Arnold, weiterhin dem bewährten und schwierig genug durchzuführenden «Nume Zueluege» nachleben. Und doch spürt offenbar auch er, dass dieser Geist der Autarkie und der Selbstgenügsamkeit schon wegen der faktischen Interdependenz kein zureichendes Fundament für die Selbstbehauptung der Schweiz mehr sein kann. Er gibt verstohlen zu, dass die Nation wie der einzelne Mensch eine *Richtlinie* brauche, «die über sie selbst hinausweist». In der UNO erblickt Arnold eine solche Richtlinie und plädiert für den Beitritt zur Weltorganisation, obwohl nach seiner eigenen

Meinung der Volkswille gegenwärtig dafür keinesfalls zu haben wäre. Allerdings kommt das Plädoyer aus halbem Herzen, wünscht er doch, dass unsere Vertreter nach einem Beitritt «uns nicht zu sehr engagieren».

Selbstredend, dass der Verfasser am Grundbestand unserer innenpolitischen Einrichtungen nichts verändern will. So bleiben die Ideen über das innerstaatliche Leben ein Potpourri von punktuellen Malaisetherapien, die oft originell und zugleich abseitig sind oder dann den Bezirk frommer Wünsche nicht sprengen. Die Provokation dieses Büchleins liegt meistens in jener – durchaus mutig bekannten – Igelmentalität, die sich in etwas anderer Form um James Schwarzenbach kristallisiert hat, den man, wie es im schon erwähnten Waschzettel aus Roths Verlag heisst, in dieser Schrift «manchmal zu hören meint». Neben Ideen, denen man im einzelnen zustimmt, bleibt das Gefühl zurück, Arnold wolle in dieser Schrift eben das, was einmal ein grosser Schweizer Konservativer für sich abgelehnt hat: «das Idyll, welches wir Schweizer als den einzig erlaubten Weltzustand gelten lassen ... bestehend erhalten³.»

«Helvetische Alternativen»:

Der «Anti-Wahlen»

Von völlig anderer Geistesart sind die «Helvetischen Alternativen», als deren Verfasser elf Akademiker der jüngeren Generation zwischen «dreissig und vierzig» zeichnen⁴. Sie sind mit Max Frisch einer Meinung, der nach den Zürcher Krawallen von 1968 geschrieben hat: «Die Schweiz als Inhalt in unserer Zeit ist neu zu konzipieren⁵.»

Ihr Gemeinschaftswerk hat den Ruf eines «Anti-Wahlen» und grosse Resonanz deshalb gefunden, weil es den Fragebogen und das Vorgehen der Arbeitsgruppe Wahlen zur Totalrevision der Bundesverfassung einer scharfen Kritik unterzieht. Die Kritik richtet sich zur Hauptsache gegen die Methode der bisherigen Verfassungsdiskussion, die von der Gruppe Wahlen absichtlich in «konventionelle Abläufe kanalisiert» worden sei. Ihr wird ein eigenes Konzept für die Reformdiskussion entgegengestellt. Die Schrift gibt also «Alternativen». Der Standort der elf kritischen Autoren ist «politisch gemischt», von «ziemlich weit links bis ziemlich weit rechts». Sie glauben sich vom Establishment ebenso zu unterscheiden wie vom notorischen Nonkonformismus durch den ihnen eigenen «konstruktiven Radikalismus». Mit Sorge suchen sie einen Ausweg aus der «fatalen Alternative von <Efficiency> einerseits und <Neuer Linker> anderseits», einen *humanen Ausweg* zwischen kalter Technokratie und gewalttätiger Revolution.

Kritik an der Arbeitsgruppe Wahlen

Am Questionnaire und an der bisherigen Arbeit der Kommission Wahlen vermissen die Autoren der «Alternativen» jene an die Wurzel gehende und zugleich konstruktive Denkarbeit, die zu leisten sie selbst vorhaben. Mit «radikal» meinen die Autoren dabei nicht, alles Bestehende müsse geändert werden, wohl aber, dass alles Bestehende «zur offensten Diskussion gestellt werden müsse». Das gedankliche *Experiment*, «welches die erste und entscheidende Etappe auf dem Weg

zur Totalrevision darstellen muss, darf auch die Grundpfeiler unseres Staates und unserer Lebensgewohnheiten nicht verschonen, wenn schliesslich die Verfassung herauskommen soll, welche die Schweiz der nächsten Generation braucht. Die Pfeiler, welche härtester Kritik und schärfstem Durchdenken standhalten, sollen Pfeiler bleiben; die aber, welche brüchig werden, müssen fallen und neu gebaut werden. Beides gelingt nur, wenn das Gedankenexperiment radikal ist. Dieses radikale Fragen vermissen wir am Fragenkatalog». Er ist, sagen die elf Autoren, «ohne Leitidee», eine Aneinanderreihung von Einzelfragen; er verfährt «pragmatisch», eklektisch, analog zur heute üblichen Praxis der Partialrevisionen. Deshalb verstelle der Questionnaire Wahlen den «Blick auf die wichtigsten Fragen bei der Meisterung heutiger Staats- und Gesellschaftsprobleme». Vor allem vermisse man in ihm die elementare Frage: «Welche Rolle kann und soll die Verfassung in der modernen Gesellschaft sinnvollerweise spielen?»

Es ist richtig: Soweit ist die Kommission Wahlen nicht gegangen. Sie hat, wie deren Sekretär nach Erscheinen des «Anti-Wahlen» erklärte, *bewusst* von einem solchermassen grundsätzlichen und an die Wurzel gehenden Experiment abgesehen und konkreten, zumeist an den Verfassungstext angelehnten Fragestellungen den Vorzug gegeben. Der Wahrheit halber ist aber festzuhalten, dass sie damit das Revisionsgespräch nicht definitiv in deren Gleisen kanalisieren wollte. Das geht aus dem damaligen Begleitschreiben der Kommission deutlich hervor⁶. Insofern ist also im vorliegenden Werk weniger eine Gegenschrift als ein will-

kommener Beitrag zur Ausweitung und Fortsetzung des Revisionsgesprächs zu erblicken.

Ein neuer Fragebogen

Der Methodenkritik an Wahlen entspricht notwendigerweise eine eigene Vorstellung über den «richtigen» Verlauf einer Verfassungsreform. Worin bestehen die vorgeschlagenen Alternativen? Auszugehen ist nach den Autoren von der gesellschafts- und staatspolitischen Rolle der Verfassung. Juristisch verengt ausgedrückt: vom Verfassungsbegriff. Sie erwägen die Möglichkeit, dass auch eine revidierte Verfassung «nur einen begrenzten Beitrag zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben liefern kann. Die Verfassungsrevision und die Gestaltung der Zukunft wären dann zwei Aufgaben, die nebeneinander zu lösen wären». Nun glauben die Autoren, dass das «Gespräch über die Totalrevision gesichert ist, das Gespräch über die Zukunft der Schweiz jedoch nicht». Sie betrachten es daher als ihre Hauptaufgabe, «dieses zweite Gespräch in Gang zu bringen».

Zu diesem Zweck legen sie einen neuen Fragebogen vor, der vier «Fragenstufen» vorsieht, die nacheinander in vier «Diskussionsphasen» unter Teilnahme der breitesten Öffentlichkeit zu durchsteigen wären. Die erste Runde stände unter der «zentralen Leitfrage»: «Wie soll die Schweiz der Zukunft aussehen?» Diese generelle Suche nach den schweizerischen Gestaltungsmöglichkeiten und dem schweizerischen Gestaltungswillen wird in Dutzenden von Unterfragen spezifiziert und zielt auf eine umfassende Bestandsaufnahme der politischen, ge-

sellschaftlichen und wirtschaftlichen Tatbestände und Intentionen. (Darunter fehlen nicht Fragen hyperradikalen Charakters wie «Was soll der Sinn der modernen Schweiz sein? Gibt es einen solchen Sinn? Wollen wir einen?») All diese Fragen sollen Wegmarken sein für eine Grundsatzdiskussion, der man sich zunächst ohne Rücksicht auf die juristische Fassbarkeit ihrer Ergebnisse während einiger Jahre schonungslos hingeben möchte. Die Alternativen-Autoren wollen in summa vor der Formulierung einer neuen Verfassung so gut wie alles unter der Schweizer Sonne auf Sinn und Existenzwürdigkeit abfragen, um darnach eine radikal durchdachte Schweiz zu «konzipieren» und zu «konstruieren». *Radikaler Rationalismus* scheint das angemessene Etikett für ein solches Experiment.

Ist einmal das Inventar der Probleme, Aufgaben und Zielsetzungen erstellt, wäre in einer zweiten Stufe nach den politischen Mitteln und Einrichtungen zu fragen, die zu ihrer Lösung bzw. Verwirklichung taugen. Sinn und Rolle einer neuen Verfassung müssten – eine dritte Stufe – definiert werden. Endlich bliebe als letzte Aufgabe die Formulierung eines neuen Grundgesetzes, also jene Arbeit, die die Arbeitsgruppe Wahlen mit einer aus dieser Sicht «verfrühten» Verfassungsübung unverzüglich hat einleiten wollen. Soweit das Konzept des alternativen Verfahrens, das statt zur Flickschusterei, zur blossen «Totalretouchierung» zur wirklichen Totalrevision der Verfassung führen soll, wie sie die «drängenden Anforderungen einer politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit» erheischen.

Die elf Autoren selbst bezeichnen die Diskussionslawine (sich «einige

Jahre frei dem Gewoge von Grundsatzdiskussionen überlassen»), die sie auslösen wollen, als Wagnis und Abenteuer. Sie schrecken davor nicht zurück, stürzen sich vielmehr selbst einzeln in das «Fegfeuer elementarer Grundsatzdiskussionen». Nämlich im gewichtigen zweiten Teil des Buches, der zehn Einzelbeiträge enthält, die als Beispiele für die erste der vier beschriebenen Diskussionsphasen gedacht sind. Es handelt sich teils um bestechende analytische Betrachtungen einzelner Komplexe des helvetischen Malaise, unter denen die Behandlung des Bodenproblems, der Verwaltungsreform, des Umweltschutzes und der Menschenrechte in der modernen Industriegesellschaft herausragen. Sie einzeln zu würdigen, ist hier kein Platz. Der Leser sei ausdrücklich auf diesen zweiten Teil verwiesen, aus dem – weil er konkrete Probleme aufgreift – bestens erhellt, von welcher Vernünftigkeit das radikale «Hinterfragen» der helvetischen Wirklichkeit sein kann, das die Autoren allgemein praktiziert sehen möchten.

Bedenken

Einwände, die man gegen das Konzept der helvetischen Alternativen vorbringen möchte, betreffen nicht den geistigen Ansatzpunkt und schmälern auch nicht die beträchtliche denkerische Leistung, die hier investiert worden ist. Denn fraglos sind die «Alternativen» eine Bereicherung der gegenwärtigen schweizerischen Verfassungsdiskussion. Es ist primär die *politische Verzahnung*, die man an diesem Aufriss einer Plenumsdebatte des schweizerischen Souveräns vermisst. Die Idee einer Partei-

gründung ist ventiliert worden. Man hat von ihr abgesehen, wie *Ullin Streiff* bei Gelegenheit der Buchvorstellung an einer Pressekonferenz erklärte. So bleibt es vorläufig beim kollektiven Schreibtischprodukt und dem intellektuellen Vergnügen der offensichtlich zahlreichen Leser. Mindestens quantitativ scheint die Resonanz ermutigend; ein Stück Bewusstseinsbildung ist gelungen. Die wichtige Frage nach einer politischen Trägerschaft für das literarisch glänzend präsentierte, aber im Grunde unpolitische oder doch vorläufig politisch noch richtungslose Reformkonzept bleibt offen. Die Autoren haben vorerst einen Briefkasten eingerichtet und eine «spätere Beschlussfassung» in Aussicht gestellt. Darauf ist man gespannt.

Näherer Definition bedarf sodann das «Gespräch über die Zukunft der Schweiz», das die Autoren suchen und provozieren wollen. Nach eigener Erklärung beabsichtigen sie nicht, eine Konkurrenz zur Prospektivkonferenz der Neuen Helvetischen Gesellschaft aufzuziehen. Offenbar gedenken sie auch nicht, mit der Schweizerischen Gesellschaft für Zukunftsforschung zu rivalisieren. Worüber also soll sich denn das Gespräch über die «Zukunft» unseres Landes unterhalten? Soll es eine Suche nach neuen Modellen und Leitbildern der Schweiz sein? In welchen Bereichen und mit welcher politischen Verbindlichkeit der Ergebnisse? Klare Vorstellungen darüber fehlen. Die Autoren selbst fragen in diesem Zusammenhang: «Welche Diskussionsmethoden sind ... angebracht?» Angenommen man könnte sich über einige Leitbilder und Inhalte einer künftigen Schweiz einigen, hätte es einen Sinn, sie in einer neuen Verfas-

sung zu verankern, die doch wohl wie die heutige jederzeit nach dem Willen des Volkes veränderbar sein soll? Meiner Ansicht nach wird mit einer solchermaßen allgemeinen Fragestellung nach der «Zukunft» das Problem überzogen.

Eine andere Sache ist es, Grundbegriffe und Zielwerte in einer Verfassung zu verankern, zum Beispiel die persönliche Freiheit, die demokratische Freiheit, die rechtsstaatliche Ordnung, jene Werte, die Werner Kägi als unantastbare Grundnormen des «absoluten Verfassungssystems der Schweizerischen Eidgenossenschaft» umschreibt⁷. Solche Zielwerte überhaupt anzuzweifeln, kann doch auch bei einem radikal gründlichen Revisionsverfahren keinen Sinn haben. Sicher handelt es sich bei der inhaltlichen «Bewältigung der Zukunftsaufgaben» und der «Verfassungsrevision» um zwei verschiedene Dinge. Eine bis ins einzelne normative Kraft der Verfassung hat es nie gegeben und scheint auch nicht wünschbar. Wo bliebe sonst der Handlungs- und Entscheidungsspielraum für die Politik? Aber unzweifelhaft beansprucht die Verfassung insofern Priorität, als sie Rahmen ist und Mittel anzubieten hat, die Zukunftsaufgaben zu bewältigen, die Modalitäten zu finden für die jeweilige konkrete Aktualisierung von Grundwerten, von jeweiligen menschlichen, sozialen, wirtschaftlichen Erfordernissen. Dieser Vorrang der Verfassung gilt jedenfalls dann, wenn sich alles prinzipiell innerhalb einer rechtsstaatlichen Ordnung vollziehen soll. Man möchte den Autoren einen Satz von Herbert Lüthy zu bedenken geben: «Es scheint, dass die Modelle für die Schweiz im Jahre 2000 schneller veralten als die Institutionen von gestern⁸.»

Damit bekommt die Frage nach der Zukunft eine ergiebige Wendung. Zu fragen ist, abgesehen von den wohl kaum umstrittenen Grundwerten und Grundrechten, nicht nach dem *Was*, sondern mehr nach dem politischen *Wie*, nach den politischen Institutionen und den politischen Trägern, die die Entscheidungen in einer uns noch unbekannten Zukunft treffen sollen. Zu suchen wäre also nicht so sehr nach konkreten Inhalten einer Zukunft, sondern nach der politischen, der grundgesetzlichen *Infrastruktur*, in der wir künftig leben und mit der wir die je aktuelle Zukunft bewältigen wollen. Soviel Rücksicht auf eine vernünftige Reformstrategie muss man fordern, wenn anders das Experiment des «konstruktiven Radikalismus», des radikalen Überprüfens und des konstruktiven Neubaus unserer Schweiz gelingen soll.

Leonhard Neidhart: Reform der bundesstaatlichen Institutionen

Konkret stellt sich damit unter anderem das Problem einer Reform unserer bundesstaatlichen Einrichtungen, der politischen Entscheidungsinstanzen. *Leonhard Neidhart* legt dazu Analysen und Thesen vor, von denen erstere grossen Tiefgang aufweisen⁹. Vorweg findet sich bei Neidhart eine berechnete Abrechnung mit jenen Gegnern einer Totalrevision der Verfassung, die auf die fehlende «elementare Bewegung» eines entbrannten Volkswillens hinweisen, die angeblich die Bundesstaatsgründung und die Totalrevision von 1874 getragen hat. Mit reicher historischer Kenntnis entlarvt er dieses «schwächste Argument» gegen eine

Totalrevision als politische Legende. Er weist es als marxistisch eingefärbte Theorie des «Wandels durch Konflikt» zurück¹⁰ und kehrt den Spieß um: Das Fehlen einer politischen Bewegung, der Mangel also an politischer Informiertheit der Stimmbürger, der Mangel an Interesse, an Beteiligungsbereitschaft, an Problembewusstsein über den Zustand der politischen Ordnung ist gerade einer der entscheidenden Gründe für die Durchführung einer Staatsreform. «Denn derartige Bereitschaften zum Engagement sind nicht Voraussetzung, sondern politischer Lerneffekt einer solchen Bewegung.»

Nach Neidhart haben die Bestrebungen für eine Totalrevision der Bundesverfassung ihren Ausgang hauptsächlich von einer Kritik an der eidgenössischen Behördenstruktur genommen. Den Grundrechtskatalog, die politische Kompetenzordnung sowie die Wirtschafts- und Finanzverfassung in einem einzigen Arbeitsgang neu ordnen zu wollen, erscheint ihm zu komplex und politisch undurchführbar. Aus diesem Grund schlägt der Verfasser vor, eine Totalrevision zunächst auf die Behördenorganisation, also auf das politische Entscheidungssystem zu beschränken. Ziel dieses Vorschlags ist die Erhöhung der Entscheidungsfähigkeit des «Bundesstaatssystems», dank der die noch verbleibenden Teile der Verfassung anschliessend mit Hilfe besserer politischer Instrumente revidiert werden könnten.

Funktionsverlust des Parlaments

Diese seine Forderung gründet Neidhart auf eine eindringliche Analyse und Darstellung der heutigen Entschei-

dungsstrukturen im Bundesstaat. In einer politologisch geprägten, aber höchst anschaulichen und der Sache gewachsenen Sprache und ausgerüstet mit den unerlässlichen historischen und soziologischen Kenntnissen geht er jenen Tatbeständen nach, die die primären Ursachen des «Helvetischen Malaise» ausmachen. Neidhart zeigt den Funktionsverlust des eidgenössischen Parlamentes, das noch immer zunehmende Übergewicht des ausserparlamentarischen legislativen «Vorverfahrens», das zur Aushöhlung der Referendumsdemokratie führt und eine faktische Doppelrepräsentation bedeutet, die den «organisierten Interessen» eine gesetzgeberische Vormachtstellung eingebracht hat. Weiter erklärt und beschreibt Neidhart die gewaltig gewachsene Macht der Bundesverwaltung, die das Parlament – dieser Honoratiorenkonvent nebenamtlich tätiger, politischer Saisonarbeiter – nurmehr unzureichend zu kontrollieren vermag. Er unterzieht Rolle und Funktion der vielen «mangelhaft koordinierten ausserparlamentarischen Kommissionen» einer luziden Kritik. Schliesslich weist er – komplementär zu den genannten Übergewichten – den Machtschwund der entwicklungsmässig zurückgebliebenen politischen Parteien nach, die sich bis heute nicht einmal ein Mitspracherecht beim legislatorischen Vorverfahren zu sichern wussten und gerade auch deshalb die sinkende Beteiligungsbereitschaft, die beklagte Gleichgültigkeit der Aktivbürger mitverschulden.

Die heutige Konkordanzdemokratie hat also eindeutig die Tendenz, auf eine «radikaldemokratische», das heisst direkte Beteiligung des Volkes an den wichtigen und komplizierten

Gesetzesentscheidungen zu verzichten. Auch schränkt sie die Entfaltungsmöglichkeiten und die Attraktivität einer parlamentarischen Opposition stark ein. Denn die parlamentarischen Vertreter des Volkes sind ebenfalls weitgehend von der Entscheidungsfindung ausgeschaltet, weil die ausserparlamentarischen Vernehmlassungsgremien zusammen mit der Bundesverwaltung immer darauf aus sind, nur «sanktionsreife und referendumsfeste» Gesetzesvorlagen vors Parlament zu bringen und so die mühsam erhandelten «Verständigungslösungen» nicht dem Risiko eines Volksentscheides (via fakultatives Referendum) auszusetzen.

Reformthesen

Um nun die direkte Beteiligung der Aktivbürgerschaft am legislativen Prozess wieder zu gewährleisten, postuliert Neidhart die zusätzliche Einführung des *administrativen Referendums*. Es soll bedeuten, dass ein Volksentscheid über Fragen der Bundesgesetzgebung jederzeit von einer Zweidrittelmehrheit der Bundesversammlung angesetzt werden kann. Dabei erschiene auch ein «konsultatives Vorausreferendum» über Teilfragen eines neuen Bundesgesetzes denkbar. Dieses Instrument könnte insbesondere dann zu einer Verwesentlichung und Aktivierung der demokratischen Direktbeteiligung führen, wenn gleichzeitig die obligatorischen Gesetzes- und Finanzreferenden in den Kantonen abgeschafft würden. Denn letztere wirken sich heute zur Hauptsache nachteilig auf die Partizipationsbereitschaft der Stimmbürger aus.

Um die Repräsentativorgane des

Bundes als Entscheidungs- und Machtträger aufzuwerten, fordert Neidhart hauptamtlich tätige Bundesparlamentarier, wobei diesen ausdrücklich alle nebenberuflichen Tätigkeiten offen bleiben sollten. Gemäss der vorliegenden Analyse wirkt der Ständerat faktisch längst nicht mehr als Vertretungsorgan der Kantone. Er trifft seine Entscheide vielmehr wie der Nationalrat längs den Linien gesellschaftlicher Interessengruppen. Deshalb könnten die beiden Kammern ohne Verlust an föderalistischer Wertrepräsentation in eine einzige verschmolzen werden. Das Vertretungselement der Kantone wäre in der kombinierten Kammer dadurch besser zu profilieren, dass einer der beiden Ständeräte, deren heutige Gesamtzahl wie jene des Nationalrats erhalten bliebe, zusätzliches Mitglied der kantonalen Exekutive, der andere Mitglied der kantonalen Legislative sein müsste. Ihre Wahl hätte von Verfassung wegen das kantonale Parlament, nicht das Volk vorzunehmen. Die bundespolitische Beteiligung der Kantone, also das föderative Element, könnte durch die Einrichtung eines zusätzlichen Departements für die «Pflege der Beziehungen zu den Kantonen, den Regionen und den Gemeinden» eine weitere Stärkung erfahren.

Die Bundesversammlung soll das vorparlamentarische Gesetzgebungsverfahren insbesondere mit dem Instrument des administrativen Referendums und andern gezielten Massnahmen wieder in seinen Griff bekommen und besser in die parlamentarische Beratung integrieren. Der Bundesrat schliesslich ist um zwei Mitglieder zu erweitern, wobei neben dem bereits erwähnten neuen Departement für «Bundesangelegenheiten» ein Präsidial-

departement einzurichten wäre. Es müsste eine wirklich kollegiale Willensbildung unter allen Bundesräten sicherstellen, die heute, als Departementsvorsteher zu stark in Beschlag genommen, zentrifugalen Kräften unterliegen und für eine kollektive Willensbildung kaum mehr die unerlässliche Zeit aufbringen.

Das Wahlverfahren des Bundesrates möchte Neidhart so modifizieren, dass alle Vorbehalte bezüglich der Kantonszugehörigkeit entfallen. Ausserdem wäre das bisherige Einzelwahlverfahren durch eine «uno actu» erfolgende Gesamtwahl zu ersetzen. Den Parteien endlich hätte der Staat durch finanzielle Unterstützung ihrer Organisationen aufzuhelfen, damit sie sich als Träger der politischen Willensbildung in der Referendumsdemokratie zu regenerieren und zu profilieren vermögen. Indirekt wäre das eine Massnahme zur Überwindung der gegenwärtigen «Partizipationskrise des Bundesstaatsystems».

Falls der Vorschlag, zunächst eine Totalreform der bundesstaatlichen Behördenorganisation vorzunehmen, akzeptiert würde, hätten im Zentrum der kommenden Auseinandersetzungen die Fragen des Ständerates, des Parlaments sowie der Bundesratsreform zu stehen. Die Antworten auf den Fragenkatalog Wahlen zeigen aber, dass die Positionen gerade in der Frage der Behördenreform ziemlich verhärtet sind. Immerhin rücken die bisherigen Ergebnisse der Diskussionen die Einführung der von Neidhart ebenfalls postulierten Gesetzesinitiative und die Reform des Bundesrates in den Bereich des Möglichen¹¹. Ob Neidharts wissenschaftlich fundierte Argumentation die Front der traditionellen Ständerats-

verteidiger zu erschüttern vermag, erscheint fraglich. Offen bleibt überdies, ob die personelle Verfilzung von Verbands- und Parteikadern, die heute oft deutlich bis in verbandskonformen Parlamentarismus durchschlägt, nicht eine Reform des Wahlsystems für den Nationalrat aufdrängt.

Aufs Ganze gesehen liegt der Vorzug von Neidharts Konzept darin, dass er die bundesstaatlichen Entscheidungsträger in ihrer Gesamtheit analysiert und reformieren will. Er vermag so die funktionellen Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Instanzen zu berücksichtigen und entzieht damit seine Forderungen dem Schicksal allzu vieler punktueller Reformpostulate, die sich regelmässig im Netz rundum angeordneter staatspolitischer Erwägungen und Einwände verfangen haben.

Hugo Bütler

¹Max Imboden, Helvetisches Malaise, Zürich 1964, S. 5. – ²Samuel Arnold, Provozierte Schweiz, Einleitung von Daniel Roth, Rodana, Zürich 1971. – ³Max Rychner in: Carl J. Burckhardt – Max Rychner, Briefe 1926–1965, Frankfurt 1970, S. 80. – ⁴Helvetische Alternativen, von Beat Bürcher, Verena Bürcher-Akeret, Beat Dejung, Bruno Diem, Martin Küper, Peter Rosenstock, Rudolf Schilling, Ullin Streiff, Christian Thalmann, Jörg Thalmann, Urs Weber, Polygraphischer Verlag, Zürich 1971. – ⁵Weltwoche 12. 7. 1968, Die grosse Devotion, S. 16. – ⁶Antworten auf die Fragen der Arbeitsgruppe, Band 1: Kantone, Einleitung S. 13. – ⁷Dazu Felix Renner, Der Verfassungsbegriff im staatsrechtlichen Denken der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert (Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft, Neue Folge Heft 295), Zürich 1968, S. 502f. – ⁸In: Die Schweiz als Antithese, Edition Arche Nova, Zürich o. J., S. 46. – ⁹Leonhard Neidhart, Reform des Bundesstaates, Francke-Verlag, Bern 1970. – ¹⁰Neidhart im Tagesanzeiger vom 19. 12. 1970, S. 43. – ¹¹Ebenda, S. 44.

MEXIKO IM AUFBRUCH

Zu Octavio Paz' Essay «Das Labyrinth der Einsamkeit»

Gibt es zum «American way of life» ein lateinamerikanisches Pendant? Die Explosion von Gewalttätigkeit, die Lateinamerikas heftiges Erwachen zur politischen Selbständigkeit begleitet, lässt die Schwierigkeiten ahnen, die seiner Selbstverwirklichung immer noch entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten sind nicht nur von äusseren Einflüssen bedingt, sie gründen ebenso in der eigenen Natur, in der widersprüchlichen Vielfalt des geschichtlichen Erbes. Denn wo sollen wir die Einheit

Lateinamerikas ansetzen: im Rückgang zum indianischen Ursprung, in der Betonung der iberischen Sprachzugehörigkeit, im prägenden Einfluss europäischer Kultur, oder in etwas ganz anderem? Der kulturellen Mannigfaltigkeit entspricht die Buntheit der rassischen Mischung: Kreolen, Indianer, Mestizen, Schwarze verbinden sich zu jener «kosmischen Rasse», die vielleicht das Vorspiel zu einer zukünftigen Menschheit ist. Vergessen dürfen wir schliesslich nicht die Man-

gelhaftigkeit der gesellschaftlichen Strukturen, deren innere Spannungen häufig zu blitzartigen elektrischen Entladungen führen.

Der komplexen Frage des nationalen Selbstverständnisses ist der mexikanische Lyriker und Essayist *Octavio Paz* in seinem Buch «*El laberinto de la soledad*» nachgegangen, einem Werk, das jetzt in der eleganten Übersetzung von Carl Heupel und einer schönen Ausgabe des Walter-Verlages auch auf deutsch vorliegt¹. Das Unternehmen des Autors scheint gelungen: er entwickelt ein Psychogramm Mexikos, das, wie jede gute psychologische Studie, zugleich auch eine psychotherapeutische Funktion einzunehmen in der Lage ist. Unter Zuhilfenahme anthropologischer, soziologischer und historischer Kenntnisse versucht Octavio Paz eine Wesensdeutung Mexikos in einer Sprache, die lyrische und existenzphilosophische Elemente in einer kühnen Mischung verbindet. Der Essay hat im Laufe der Jahre an Aktualität nur gewonnen. In Mexiko erschien er erstmals 1950, längst bevor die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und dem südlichen Subkontinent offen zutage traten, bevor Fidel Castro die Herrschaft über Kuba antrat und der Guerilla-Krieg weltweite Ausmasse annahm. Nur in Mexiko konnte schon damals ein solches Werk entstehen, bestand hier doch eine bemerkenswerte Tradition essayistischer Selbstkritik, über die ein kenntnisreiches Vorwort des Übersetzers informiert. Dazuhin müssen wir die historische Frühreife Mexikos innerhalb Lateinamerikas berücksichtigen, denn dieses Land hatte bereits 1910, fast ein halbes Jahrhundert vor Kuba, «seine» sozialistische Revolution, die

in der Epoche zwischen den Weltkriegen auf die europäische Intelligentsia eine ähnliche Faszination ausübte wie die des karibischen Inselstaats heutzutage. All das hat zum grossen Wurf dieses Essays beigetragen, in dem das mexikanische, ja mehr noch, das gesamtlateinamerikanische Bewusstsein zu einer wohl lange Zeit gültigen und für eine ganze Generation von Schriftstellern bestimmenden Darstellung gelangt.

In der ersten Hälfte des Essays unternimmt es Paz, Äusserungen mexikanischen Lebens auf ihre gemeinsame Struktur hin auszulegen. Man bemerkt den an Husserl und Heidegger geschulten Philosophen, der mittels phänomenologischer Reduktionen nach einer mexikanischen Grundbefindlichkeit sucht. In der geradezu metaphysischen Einsamkeit des Mexikaners ist eine solche Grundbefindlichkeit vorgegeben. Einsamkeit ist an sich kein spezifisch mexikanisches Phänomen, weshalb denn der Essay auch als existentialistische Studie gelesen werden kann. Doch versucht Octavio Paz, die Einsamkeit aus den Gegebenheiten Mexikos als mexikanisches Schicksal nachzuweisen und damit in einer konkreten Situation zu verankern. Aufschlussreich ist die Beschreibung des «pachuco», jenes in den USA lebenden mexikanischen Jugendlichen, der sich weigert, den amerikanischen Lebensstil anzunehmen, und sich in ein gesellschaftliches Niemandsland begibt, aus dem er sich freiwillig die Rückkehr versagt. Auf verwandte Weise sieht Paz auch den in der Heimat lebenden Mexikaner als von seinem Ursprung abgeschnitten, ohne existentiellen Halt, gänzlich der Einsamkeit ausgeliefert. An dieser Stelle schimmert bereits das

philosophische Schema durch, das dem Essay zugrunde liegt: es ist dialektisch und besteht in der Beschreibung der Einsamkeit als Uneigentlichkeit, als Entfremdung vom mexikanischen Ursprung, und sodann im Rückgewinnen der Mexikanität als Aufhebung der Selbstentfremdung und Seinsvergessenheit.

Vom Mexikaner gibt Octavio Paz eine Definition, die nichts mit dem Klischee indianischer Folklore gemein hat. Der Mexikaner, so lesen wir, «ist ein finsternes, verschlossenes Wesen, das schnell explodiert, sein Herz ausschüttet, mit einer gewissen Wollust sich zur Schau stellt und dann wieder schamvoll und erschrocken in die Winkel seines Innern flüchtet». In seiner seelischen Heimatlosigkeit, seinem Schweigen, das «gewaltiger als die Pyramiden» auf Mexiko lastet, zeigt sich eine innere Wunde, die bei jeder Regung schmerzhaft offenbar wird. Es ist ein ererbtes Gefühl der Demütigung, das den Mexikaner zu einem verschlossenen und kommunikationsscheuen Menschen macht. Besonders in der Beziehung der Geschlechter sieht Octavio Paz die Auswirkungen dieser Demütigung, und er rückt einen längeren Abschnitt über das Problem des mexikanischen «macho» ein. Eine mexikanische Redewendung, die in unseren Breiten leicht missverstanden wird, lautet: «Ich bin dein Vater.» Damit ist nicht eine Hochschätzung des Patriarchalischen gemeint, sondern die Bewunderung des potenten, Gewalt übenden, im wortwörtlichen Sinne vergewaltigenden Mannes, der auch in der Liebe unzugänglich bleibt, während die Frau zur Hingabe gezwungen ist, also erniedrigt wird. Demütigend ist die Preisgabe der eigenen Einsamkeit,

ehrend hingegen das Ideal des Hermetischen. Mit psychiatrischem Blick hat Octavio Paz hier eine der seelischen Ursachen der «violencia» blossgelegt, über welche die Welt seit geraumer Zeit den Atem anhält.

Als Dichter erweist sich Octavio Paz im vorliegenden Essay darin, dass er stets nach klaren Symbolen für seine kritischen Befunde sucht. Ein solches Symbol bietet sich ihm in der Gestalt der «Chingada», der gedemütigten, misshandelten, überwältigten Frau, die der Mexikaner verachtet, die er aber in merkwürdiger Ambivalenz auch als seine Mutter ansieht. «Viva México, hijos de la Chingada»: das ist der traditionelle Ausruf beim Nationalfest. Eine zweite Symbolfigur entstammt der Geschichte: es handelt sich um Malinche, die aztekische Geliebte des Cortez, die dieser im Stich liess, sobald sie ihm nicht mehr nützen konnte. Die Schmach, sich als «Söhne der Malinche» zu wissen, ist für den Mexikaner durch keinen noch so gearteten Rassismus aus der Welt zu schaffen. Wen wundert es da noch, dass er überhaupt an keinen Stammbaum glauben und seinen Ursprung nur bei sich selber nehmen möchte? In diesem Sichverweigern gegenüber der eigenen Herkunft zeigt Paz sozusagen den mythologischen Grund der mexikanischen Einsamkeit auf.

Aber diese Einsamkeit ist vor allem eine geschichtlich bedingte, und so versucht der Autor im zweiten Teil des Essays, die verborgene Gesetzmässigkeit der mexikanischen Geschichte aufzudecken. Die mexikanische «Intrahistoria» zeigt nach Octavio Paz die Spuren einer doppelten Vergewaltigung: der aztekischen und der spanischen, die beide einen Bruch mit der

Tradition und eine Entfremdung vom Ursprung bedeuten. Die gerechte Beurteilung der spanischen Kulturleistung fällt dem Autor besonders schwer. Einerseits anerkennt er, dass die katholische Kirche den entwurzelten Indio als unterstes Glied in ihre universale Ordo aufzunehmen bereit war; auf der anderen Seite wurde aber durch deren Unduldsamkeit und überdies durch die beginnende spanische Dekadenz die schöpferische Entfaltung des immer noch lebenskräftigen Landes entscheidend gehemmt; ein Geist der Trägheit machte sich breit, der an der Verachtung Schuld trägt, mit der viele mexikanische Intellektuelle noch heute dem spanischen Einfluss begegnen. In der Unabhängigkeitsbewegung nach 1800 sieht Paz keine wesentliche Veränderung der mexikanischen Situation, da im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten nur die koloniale Hierarchie konsolidiert und keine neue Gesellschaftsordnung begründet wird. Auch der geistigen Erneuerung durch das Eindringen des französischen Positivismus ab 1850 steht der Autor skeptisch gegenüber, wurde sie doch von einer Minorität von Grundbesitzern betrieben, die sich durch die Enteignung der kirchlichen Güter bereichert hatten, während der überwiegende Teil der Bevölkerung in völliger geistiger Unmündigkeit dahindämmerte. In einer feinsinnigen soziologischen Studie legt Paz das Fassadenhafte der «aufgeklärten» mexikanischen Kultur des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts dar.

Eine wirkliche Erneuerung darf sich also nicht darauf beschränken, europäische Denksysteme Lateinamerika aufzuzwingen. Jede Kritik an Mexiko, so konstatiert Octavio Paz,

«muss mit einer Prüfung dessen beginnen, was man die aztekische Weltanschauung nennen kann». Marx' Deutung des politischen Radikalismus als eines Rückgangs zur «radix», zur Wurzel, nimmt er für Mexiko in Anspruch, indem er die Hinwendung zum Ursprung der nationalen Geschichte fordert. Eine solche Einholung des Anfangs hat in der mexikanischen Revolution von 1910 stattgefunden, die erstmals die verschütteten Kräfte des Mexikaners freigelegt und begonnen hat, seine jahrhundertewährende Einsamkeit zu überwinden. Sie war, gleich der Fiesta, «Übermass und Verschwendung, Schritt ins Extreme, Ausbruch der Freude und der Verlassenheit, Schrei der Verwaisung, des Jubels, des Selbstmordes, der Lebensbejahung: alles in einem», und das bedeutet in der ekstatischen Sprache des Autors eine Epiphanie der Mexikanität. Diese Revolution war, in der Verkehrung des Hölderlinschen Wortes, tatenreich und gedankenarm, aber gerade weil sie von den rational nicht fassbaren Kräften des mexikanischen Volks genährt war, weil sie Mexiko mit sich selbst versöhnte, erscheint sie Paz weitreichender und zukunfts mächtiger als die im Theoretischen verharrenden ideologischen Entwürfe Europas.

Spätestens hier wird indes die Frage laut, ob Octavio Paz nicht zuweilen der Gefahr des Ästhetisierens erlegen ist. Ein Lyriker hat dieses Buch verfasst, der sich nur schwer zwischen aztekischem Mythos und moderner Rationalität entscheiden kann. Auch das eigens für die deutsche Ausgabe geschriebene Schlusskapitel mit seinen Überlegungen politischer Art vermag nicht alle Zweifel über den genauen Standort des Autors zu beheben. Ver-

worfen wird der Kapitalismus wie der Kommunismus auf Grund der ihnen innewohnenden Immobilität, aber auch die europäische Spielart des Sozialismus, jene «Versammlung hoher Herren, die die koloniale Ordnung verteidigen». Über alle Zweifel erhaben ist eigentlich nur die noble Gesinnung des Menschen Paz, der denn auch 1968, als die mexikanische Regierung vor Beginn der Olympischen Spiele auf demonstrierende Studenten schiessen liess, entrüstet von seinem Amt als Botschafter seines Landes in Indien zurücktrat, obwohl er wusste, dass er auch die revolutionären Ziele der studentischen Bewegung nicht befürworten konnte.

Und dennoch – selbst wenn Octavio Paz um ein konkretes politisches Programm verlegen ist, durchzieht sein Werk ein unauslöschliches Vertrauen auf die Zukunft. Das «Labyrinth der Einsamkeit» ist die Leidensgeschichte des mexikanischen Volkes, die in dialektischer Wende zu einer neuen Kom-

munikation führt. Das Gegenteil der Einsamkeit, das weiss der Malraux-Kenner Paz sehr genau, ist die Brüderlichkeit, die Solidarität Mexikos mit den übrigen Staaten der Dritten Welt. Erstaunlich, wie sich Paz im Begriff der Solidarität (wie auch der Einsamkeit!) mit den modernen lateinamerikanischen Schriftstellern trifft, etwa mit García Marquez, der erst kürzlich diese Solidarität als den oft übersehenen Hauptgedanken seines Erfolgsromans «Cien años de soledad» bezeichnet hat. Das Wissen darum hat Octavio Paz bereits im spanischen Bürgerkrieg als *Hoffnung* erfahren, und «wer der Hoffnung einmal ins Auge geblickt hat, verliert sie nicht mehr». Diese Hoffnung gilt auch für Mexiko.

Horst Hina

¹Octavio Paz, Das Labyrinth der Einsamkeit, Essay, aus dem Spanischen übersetzt und eingeleitet von Carl Heupel, Walter-Verlag, Olten und Freiburg 1970.

HINWEISE

Religion

Zu den zahlreichen kritischen «Leben Jesu», die in den letzten Jahren besonders aus jüdischer Sicht entstanden sind, legt der Econ-Verlag (Düsseldorf-Wien) ein neues Werk des christlichen Theologen *Johannes Lehmann* vor: «Jesus-Report – Protokoll einer Verfälschung.» Wie schon andere Autoren vor ihm stellt er die von den neuentstandenen Gemeinden im Rückblick umgedeutete, idealisierte Gestalt des Nazareners wieder in den ursprünglichen Zusammenhang seiner jüdischen Umgebung, mit ihrer damaligen Begriffswelt, der geschichtlichen Vergangenheit seines Volkes und der politischen und religiösen Heilserwartungen jener Zeit. Das Haupt-

gewicht seines «Jesus-Reports» liegt auf dem Studium der berühmten Schriftrollen von Qumran am Toten Meer, besonders der Geheimschriften der Essener, einer jüdischen Sekte, die im Neuen Testament an keiner einzigen Stelle erwähnt wird, die jedoch vom jüdisch-hellenischen Philosophen Philo, vom Römer Plinius und insbesondere vom jüdischen Geschichtsschreiber Josephus Flavius vor 1900 Jahren mit erstaunlicher Ausführlichkeit beschrieben und der bekannten Gruppe der Pharisäer zahlenmässig gleichgestellt wird. Seit den Funden von Qumran sind nicht nur die Berichterstatter Philo, Plinius und Josephus Flavius vom möglichen Verdacht

orientalischer Phantasterei entlastet worden, man hat auch der Sekte der Essener wieder vermehrte Aufmerksamkeit zugewandt; denn in ihren Schriften, die älter sind als das Neue Testament, finden sich Worte, ganze Sätze und Begriffe, die das Neue Testament als etwas Neues, Einmaliges Jesus von Nazareth in den Mund legt. Man wird vor die Frage gestellt, ob Jesus nicht ein Mitglied der Essener-Gemeinde oder, mindestens eine Zeitlang, dieser nahegestanden haben muss. Der Verfasser hat nicht die Absicht, der Gestalt und Würde Jesu Abbruch zu tun; im Gegenteil: Er versucht, sie vom Firnis der vergangenen 2000 Jahre zu säubern und freizulegen von vielen Schichten frommer Übermalungen.

Politisches Denken

Nachdem der Verlag C. H. Beck, München, schon vor zwei Jahren zwei ausgezeichnete Sammelbände «Klassiker des politischen Denkens» herausgegeben hat, setzt er jetzt diese Reihe fort mit einem ebenfalls auf zwei Bände geplanten Werk «*Politiker des 20. Jahrhunderts*». Der bisher erschienene 1. Band bringt 15 von kompetenten Autoren verfasste Beiträge über Wilson, Lenin, Trotzki, Sun Yat-Sen, Clemenceau, Masaryk, Briand, Atatürk, Mussolini, Hitler, Franco, Salazar, Roosevelt, Stalin und Churchill. Der einheitliche Aufbau der Beiträge und die sorgfältig zusammengestellten Literaturhinweise machen diesen Band zu einem sehr nützlichen Handbuch.

*

Der Deutschamerikaner *Carl J. Friedrich* hat mit seinem Schaffen in ganz entscheidender Weise dazu beigetragen, aus der Politik einen Gegenstand wissenschaftlicher Erörterung zu machen. Das Werk, in dem er die Bilanz seines Denkens zieht, ist nun in deutscher Übersetzung greifbar: «*Politik als Prozess der Gemeinschaftsbildung*» (Westdeutscher Verlag, Köln-Opladen). Den Ausgangspunkt bildet eine

Analyse des Machtbegriffs; von hier gelangt Friedrich zur Würdigung von Institutionen und Rechtsordnung, um sodann die dynamischen Prozesse politischer Herrschaft zu untersuchen: Verteidigung, Streitschlichtung, Aufstellen und Durchsetzen von Regeln. Nach einer Würdigung der Bedeutung von Tradition, Erziehung, Widerstand und Revolution beschreibt der Verfasser schliesslich das Modell einer politischen Ordnung, wie sie ihm angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit und der Erfordernisse der Gegenwart als notwendig erscheint.

Internationale Politik

Der führende, bei der RAND Corporation arbeitende amerikanische Sowjetologe *Thomas W. Wolfe* legt in seinem Buch «*Soviet Power and Europe, 1945–1970*» (Johns Hopkins Press, Baltimore-London) den gross angelegten Versuch vor, die grundlegenden Ziele und Strategien Sowjetrusslands gegenüber Westeuropa in den Griff zu bekommen und sie in einem historischen Längsschnitt darzustellen. Er stellt seine detaillierte Analyse in den Rahmen der globalstrategischen amerikanisch-russischen Auseinandersetzung einerseits und der innenpolitischen Entwicklung in der Sowjetunion andererseits; beide Faktoren sind bestimmend für die sowjetische Haltung gegenüber Europa. Fatal macht sich, wie Wolfe sagt, vor allem immer wieder der innere Zustand des Sowjetreichs bemerkbar; angesichts der Unberechenbarkeit dieser Zusammenhänge hat Wolfe es vorgezogen, seine am Schluss des Buches gewagte Prognose mit grösster Vorsicht zu formulieren.

*

Dem von Karl Kaiser und Roger Morgan herausgegebenen Band «*Strukturwandlungen der Aussenpolitik in Grossbritannien und der Bundesrepublik*» (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik Bd. 29, R.-Oldenbourg-Verlag, München) liegt der

Gedanke zugrunde, dass beide Staaten in letzter Zeit wesentliche Umstrukturierungen erfahren haben. In einer Reihe von teils vergleichenden, teils einander paarweise gegenübergestellten Aufsätzen wird diesem Thema nachgegangen. Die Hauptabschnitte befassen sich mit dem Handlungsrahmen der Aussenpolitik, ihren geistigen Grundlagen, den Institutionen und den sozialen Faktoren. Diese anregende Studie ist nicht zuletzt deshalb sehr wertvoll, weil es den Herausgebern gelungen ist, die bestqualifizierten Fachleute beider Länder zur Mitarbeit zu gewinnen.

*

Die vom Colloquium-Verlag, Berlin, herausgegebenen Länderkunde-Bändchen sind dank ihrer hervorragenden Qualität immer mehr ein Begriff. Auch die jüngste, Israel gewidmete Nummer dieser Reihe enttäuscht nicht. Dem Verfasser, *Hans Jendges*, ist es gelungen, auf knappstem Raum eine verblüffende Fülle von Information darzubieten und diese in klar übersichtlicher Weise zu gliedern. Wie üblich sind dem Bändchen Zeittafeln, Begriffsklärungen, Literaturangaben, Karten und Diagramme beigegeben.

Soziologie

Wirklich gute und allgemeinverständliche Einführungen in die Probleme der sozialwissenschaftlichen Forschung sind in deutscher Sprache sehr selten. Man muss es darum dem Verlag Springer, Wien-New York, hoch anrechnen, dass er es unternommen hat, dem deutschsprachigen Leser ein amerikanisches Lehrbuch zugänglich zu machen, das mit viel «common sense» und dennoch in vollständiger Weise die Probleme darlegt: *Bernhard S. Phillips*, «Empirische Sozialforschung – Strategie und Taktik». Das Buch führt, die Theorie stets mit Beispielen illustrierend, von einer Betrachtung der Phasen und Elemente des Forschens über Ansätze zur Datengewinnung und Messung hin zur Darstellung der

Auswertungsverfahren und Anwendungsmöglichkeiten der Logik und Mathematik. Besondere Erwähnung verdient die sorgfältige deutsche Bearbeitung, die sich nicht einfach auf eine Übersetzung beschränkt hat, sondern zu jedem Kapitel auch Hinweise auf die entsprechende Fachliteratur in deutscher Sprache bringt. Wir würden nicht zögern, dieses handliche Werk als das beste seiner Art zu bezeichnen, das auf dem Markt ist.

*

Rudolph J. Rummels Buch «Applied Factor Analysis» (Northwestern University Press, Evanston) ist das erste Werk, das in umfassender Weise in die Methoden der Faktorenanalyse einführt. Bei dieser Methode handelt es sich um ein sozialwissenschaftliches Verfahren, mit dem grosse Massen von Daten auf allfällige Gemeinsamkeiten hin «durchleuchtet» werden können, ein Bedürfnis, das sich heute in fast allen Sozialwissenschaften, und nicht nur dort, immer stärker meldet. Rummels Buch behandelt alle Aspekte dieser Methode von den grundlegenden Konzepten bis zu den Möglichkeiten ihrer Anwendung, die anhand zahlreicher Beispiele veranschaulicht werden.

*

Seit die deutschen Verleger sozialwissenschaftlicher Arbeiten entdeckt haben, dass die besten Bücher schon längst in englischer Sprache erschienen sind, kann man manche angenehme Überraschung erleben. Dazu gehört auch die deutsche Übersetzung von *Aaron V. Cicourel*s «Methode und Messung in der Soziologie» (Suhrkamp, Frankfurt a. M.). Dieses Buch, dessen Titel eigentlich viel zu eng gefasst ist, informiert über das grundlegende Problem jeder sozialwissenschaftlichen Forschung: das Bemühen, die Dinge, die man meint, überhaupt zu erfassen – eben die «Messung», sei diese nun quantitativer oder nichtquantitativer Natur.